ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Nierhaus, Wolfgang

**Article**

# Deutschlandprognose 2011: Aufschwung in langsamerem Tempo

ifo Dresden berichtet

**Provided in Cooperation with:**
Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

*Suggested Citation:* Nierhaus, Wolfgang (2011) : Deutschlandprognose 2011: Aufschwung in langsamerem Tempo, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 18, Iss. 1, pp. 5-14

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/169940

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

# Deutschlandprognose 2011: Aufschwung in langsamerem Tempo[1]

***Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus****

## Weltwirtschaftliches Umfeld

Die Weltkonjunktur, die im Winterhalbjahr 2009/10 sehr kräftig war, hat seit dem Frühjahr 2010 an Schwung verloren. Das im Rahmen des ifo World Economic Survey erhobene Weltwirtschaftsklima deutet für das vierte Quartal 2010 eine weitere Abschwächung der weltwirtschaftlichen Dynamik an. Der Indikator befindet sich allerdings weiterhin über seinem langfristigen Durchschnitt. Die Entwicklung ist in einzelnen Wirtschaftsräumen und Ländern sehr unterschiedlich. Während sich die Expansion in den Schwellenländern bereits seit Jahresbeginn 2010 abgeflacht hat, haben die Industrieländer erst ab Jahresmitte zunehmend an Dynamik eingebüßt.

Der konjunkturelle Tempoverlust hat unterschiedliche Ursachen. So haben die Schwellenländer nach einer sehr raschen Erholung bereits im Sommer 2010 ihren längerfristigen Trendpfad wieder überschritten. Die aktuell beobachtete Abschwächung des Produktionszuwachses geht vor allem auf restriktive Maßnahmen der Geld- und Fiskalpolitik zurück, um aufkommenden Inflationsdruck zu dämpfen und Übertreibungen an den Immobilien- und Kapitalmärkten entgegenzuwirken. In den Industrieländern liegt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung hingegen weiterhin deutlich unterhalb des Vorkrisenniveaus. Anhaltende strukturelle Probleme im Finanz- und Immobiliensektor sowie der starke Konsolidierungsdruck auf Grund der hohen privaten und öffentlichen Verschuldung belasten die gesamtwirtschaftliche Aktivität und verhindern eine rasche Rückkehr auf das Vorkrisenniveau.

Die Stimmung an den internationalen Finanzmärkten bleibt angespannt. Die Sorgen um die stark gestiegenen Budgetdefizite und Schuldenstände der Industrieländer und die damit einhergehenden Zweifel an der Zahlungsfähigkeit insbesondere einiger Länder der Euroraum-Peripherie bestimmen das Geschehen. So sind die Risikoaufschläge auf Staatsanleihen der betroffenen Länder trotz der Einrichtung von umfangreichen Rettungsmechanismen durch die europäische Staatengemeinschaft, den Internationalen Währungsfonds und die Europäischen Zentralbank weiter angestiegen.

Im Prognosezeitraum wird die konjunkturelle Dynamik der Weltwirtschaft voraussichtlich abnehmen, und zwar sowohl in den Industrieländern als auch in den Schwellenländern. Unterstützt wird diese Prognose durch das ifo Weltwirtschaftsklima, das in allen wichtigen Regionen zurückgegangen ist. In denjenigen Ländern, in denen keine strukturellen Verwerfungen die wirtschaftliche Erholung behindert haben, hat die zwischenzeitliche außergewöhnliche Tempoerhöhung dazu geführt, dass der krisenbedingte Einbruch weitgehend wettgemacht worden ist. Dort dürfte die Konjunktur daher im Jahr 2011 in eine gemäßigtere Gangart zurückschalten, zumal die Wirtschaftspolitik bereits vielerorts auf einen restriktiven Kurs eingeschwenkt ist. In denjenigen Ländern dagegen, die unter Strukturproblemen leiden, sind die Möglichkeiten der Stimulierung durch die Politik vielfach ausgereizt. Daher dürften die schmerzhaften, aber notwendigen Anpassungsprozesse dort weiter den wirtschaftlichen Fortgang bestimmen und das Expansionstempo drücken. Es ist insbesondere damit zu rechnen, dass in den USA und Japan eine Schwächephase beginnt, die durch die notwendigen Konsolidierungsbemühungen des privaten und öffentlichen Sektors in Reaktion auf ihre hohe Verschuldung geprägt ist. Dies gilt in noch größerem Maße für die Länder der europäischen Peripherie, die bislang in den Genuss erheblicher Kapitalimporte gekommen waren, nun aber mit engeren Budgetbeschränkungen leben müssen.

Insgesamt ist damit zu rechnen, dass sich die weltweite Produktion im Jahr 2010 um 4,7 % und im Jahr 2011 um 3,6 % ausweitet. Der Welthandel dürfte im Jahr 2010 voraussichtlich um 11,8 % zugenommen haben und damit den Einbruch des Vorjahres nahezu wettmachen. Im laufenden Jahr wird er nur noch halb so schnell steigen.

Ein besonderes Risiko für die Prognose geht von den anhaltenden Spannungen an den Märkten für europäische Staatsanleihen aus. Die Basisprognose unterstellt, dass die von der europäischen Staatengemeinschaft beschlossenen Krisenmechanismen restriktiv gehandhabt werden und nicht zu einer Voll-

* *Dr. Wolfgang Nierhaus ist als wissenschaftlicher Referent am ifo Institut für Wirtschaftsforschung München tätig.*

kaskoversicherung ohne Selbstbehalt ausarten. Eine solche Entwicklung würde Deutschland seines Zinsvorteils berauben und den Kapitalexport wieder in Gang setzen, der die deutsche Investitionskonjunktur unter dem Euro bislang erheblich beeinträchtigt hat. Ein weiteres Risiko für die Entwicklung der Weltkonjunktur liegt in einer erneuten deutlichen Korrektur der Immobilienpreise in den USA. Ein ähnliches Bedrohungspotenzial ergibt sich schließlich zunehmend auch für den chinesischen Immobilienmarkt.

## Ausblick für Deutschland

In Deutschland hat sich im vergangenen Jahr der konjunkturelle Aufholprozess mit hoher Dynamik fortgesetzt. Im Verlauf der ersten drei Quartale 2010 nahm das reale Bruttoinlandsprodukt mit einer Rate von annualisiert 4,8 % zu. Damit steuert die deutsche Wirtschaft, die über viele Jahre Schlusslicht im Euroraum gewesen war, nunmehr überdurchschnittliche Wachstumsbeiträge zum Bruttoinlandsprodukt der Währungsunion bei.

Die Impulse für die deutsche Wirtschaft kamen überwiegend aus dem Inland. Besonders wichtig war der Investitionsanreiz, der aus einem historisch niedrigen Zinsniveau resultierte. Da die Investoren das Risiko von Auslandsanlagen nunmehr deutlich höher einschätzen als vor der Finanzkrise, gewannen Anlagemöglichkeiten im Inland erheblich an Attraktivität. In der Konsequenz haben sich die Kreditkonditionen im Inland entspannt, während für Kredite an die europäische Peripherie hohe Zinsaufschläge verlangt werden. Dies reduzierte die Kreditnachfrage in diesen Ländern, doch erhöhte sie in Deutschland. Der Schub bei der Binnennachfrage, den die zusätzlichen Investitionen bedeuteten, war im vergangenen Jahr der bei weitem größte Wachstumstreiber. Unterstützt wurde diese Entwicklung durch die Lohnzurückhaltung des vergangenen Jahrzehnts, die die preisliche Wettbewerbsfähigkeit und damit die Standortqualität Deutschlands wieder verbessert hat. Nach Jahren der binnenwirtschaftlichen Nachfrageschwäche stand das Jahr 2010 daher im Zeichen einer neuen Binnenkonjunktur.

Im laufenden Jahr bleiben die Konjunkturampeln in Deutschland auf Grün; das konjunkturelle Expansionstempo wird dabei aber wohl merklich geringer sein als im abgelaufenen Jahr. Zum einen werden die weltwirtschaftlichen Impulse im Jahr 2011 schwächer, da die Gegenreaktion auf den globalen Einbruch bei Produktion und Welthandel mittlerweile weitgehend abgeschlossen sein dürfte. Der Außenhandel wird daher, anders als im vergangenen Jahr, keinen nennenswerten Beitrag zum Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts liefern. Die Exporte werden voraussichtlich zwar immer noch beachtlich steigen, die Importe dürften aber kaum langsamer ausgeweitet werden. Zum anderen schwenkt die Bundesregierung mit der Umsetzung des Zukunftspakets auf einen Konsolidierungspfad ein. Durch den Abbau von Subventionen, Kürzungen bei Sozialleistungen und eine höhere indirekte Besteuerung sollen im Bundeshaushalt 2011 knapp 11 Mrd. € eingespart werden. Zudem wird in der gesetzlichen Krankenversicherung gespart. Da schließlich auch die Stimuli aus den Konjunkturprogrammen entfallen, geht von der Finanzpolitik 2011 ein merklich restriktiver Impuls auf die Konjunktur aus, was die Wirtschaftsdynamik insbesondere zu Jahresanfang etwas dämpft.

Durch die Konsolidierungsanstrengungen werden vor allem die privaten Haushalte belastet; es kommt aber nicht zu einem Rückgang der realen verfügbaren Einkommen. Zudem schafft die fiskalische Konsolidierung und die fortlaufende Besserung des Arbeitsmarkts bei den privaten Haushalten Vertrauen, was positiv auf die Ausgabenneigung ausstrahlt.

Die Investitionen werden voraussichtlich weiter merklich steigen, maßgeblich befördert durch die historisch niedrigen Zinsen, die insbesondere beim privaten Wohnungsbau als Turbo wirken dürften. Zugleich hat die Lohnzurückhaltung der vergangenen Jahre die Standortqualität Deutschlands wieder verbessert, was neben der veränderten Risikoeinschätzung der Kapitalanleger als ein wesentlicher Grund für den starken Aufschwung bei den Investitionen angesehen werden kann. Allerdings fehlen die – wegen des Auslaufens der degressiven Abschreibungsregel – in das Jahr 2010 vorgezogenen Investitionsprojekte.

Alles in allem dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2011 – bei einem 67-%-Unsicherheitsintervall von 1,4 % bis 3,4 % – um 2,4 % expandieren. Der Großteil dieser Zunahme, nämlich 86 %, dürfte dabei auf einen Anstieg der Binnennachfrage zurückzuführen sein. Bemerkenswert ist, dass die Produktion in Deutschland dann zum zweiten Jahr in Folge stärker als die Produktion im Euroraum zulegen wird.

Getragen von der guten konjunkturellen Entwicklung, den positiven Geschäftsaussichten und der günstigen Kostensituation der Unternehmen wird sich der Beschäftigungsaufbau im laufenden Jahr voraussichtlich fortsetzen. Nachdem die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes im vergangenen Jahr überwiegend Leiharbeiter eingestellt haben, dürften nun-

mehr auch die Stammbelegschaften ausgeweitet werden. Auch werden wohl wieder vermehrt sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen geschaffen. Die Arbeitslosigkeit dürfte im Jahresdurchschnitt 2011 um 300.000 Personen sinken.

Im Gefolge des Aufschwungs werden die Verbraucherpreise etwas anziehen, mit voraussichtlich 1,7 % wird die Inflationsrate aber unter dem Preisziel der EUROPÄISCHEN ZENTRALBANK (EZB) bleiben. Das staatliche Budgetdefizit, das im Jahr 2010 in Relation zum nominalen

**Tabelle 1: Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland**

| | 2008 | 2009 | 2010[1] | 2011[1] |
|---|---|---|---|---|
| **Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr[a]** | | | | |
| Private Konsumausgaben | 0,7 | -0,2 | 0,5 | 1,4 |
| Konsumausgaben des Staates | 2,3 | 2,9 | 2,1 | 1,1 |
| Bruttoanlageinvestitionen | 2,5 | –10,1 | 6,4 | 4,8 |
| Ausrüstungen | 3,5 | –22,6 | 9,8 | 8,7 |
| Bauten | 1,2 | –1,5 | 4,2 | 2,1 |
| Sonstige Anlagen | 6,5 | 5,6 | 6,5 | 5,6 |
| Inländische Verwendung | 1,2 | –1,9 | 2,9 | 2,1 |
| Exporte | 2,5 | –14,3 | 14,8 | 7,4 |
| Importe | 3,3 | –9,4 | 14,2 | 7,4 |
| Bruttoinlandsprodukt (BIP) | 1,0 | –4,7 | 3,7 | 2,4 |
| Erwerbstätige[b] (1.000 Personen) | 40.276 | 40.271 | 40.475 | 40.801 |
| Arbeitslose (1.000 Personen) | 3.268 | 3.424 | 3.242 | 2.943 |
| Arbeitslosenquote[c] (in %) | 7,8 | 8,2 | 7,7 | 7,0 |
| Verbraucherpreise[d] (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr) | 2,6 | 0,4 | 1,1 | 1,7 |
| Finanzierungssaldo des Staates[e] | | | | |
| in Mrd. € | 2,8 | –72,7 | –87,3 | –59,5 |
| in % des Bruttoinlandsprodukts | 0,1 | –3,0 | –3,5 | –2,3 |
| *Nachrichtlich:* | | | | |
| Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr) | 0,3 | –4,0 | 1,7 | 1,7 |
| Verbraucherpreisindex im Euroraum[f] (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr) | 3,3 | 0,3 | 1,5 | 1,4 |

1) Prognose des ifo Instituts. – a) Preisbereinigte Angaben. – b) Inlandskonzept. – c) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – d) Verbraucherpreisindex (2005=100). – e) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95) – f) HVPI-EWU (2005=100).

*Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit (2010); 2010 und 2011: Prognose des ifo Instituts.*

Bruttoinlandsprodukt 3,5 % betrug, wird im laufenden Jahr aufgrund der anhaltend guten Konjunktur, der Konsolidierungsmaßnahmen im Rahmen des Zukunftspakets und der Sparmaßnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung auf 2,3 % sinken.

### Annahmen der Prognose

- Der Ölpreis wird im Prognosezeitraum 87 US-$ pro Barrel betragen.
- Der Wechselkurs des Euro liegt im Durchschnitt des Jahres 2011 bei 1,33 US-$.
- In der Europäischen Währungsunion (EWU) kommt es zu keinen krisenhaften Zuspitzungen, die die Stabilität des Währungsraums als Ganzes gefährden.
- Die Finanzpolitik in Deutschland ist im Prognosezeitraum kontraktiv ausgerichtet. Zur Rückführung des staatlichen Budgetdefizits werden die im „Zukunftspaket“ enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen umgesetzt. In der gesetzlichen Krankenversicherung treten die beschlossenen Sparmaßnahmen in Kraft.

## Deutsche Ausfuhr trotzt der Eurokrise

Die realen Exporte sind im Verlauf des Jahres 2010 kräftig gestiegen. Hierzu haben vor allem die Ausfuhren nach China, Südostasien und die USA beigetragen. Deutsche Kraftfahrzeuge erfreuten sich in diesen Regionen besonderer Beliebtheit. In die asiatischen Länder wurden außerdem vermehrt elektrische Ausrüstungen und Maschinen geliefert. Ferner zogen die Metallausfuhren (vor allem Roheisen, Stahl und Edelmetalle) in die USA stark an. Alles in allem dürften die Exporte im Jahr 2010 um 14,8 % gestiegen sein.

Im weiteren Prognosezeitraum führt die weltweit schwächere Industriekonjunktur dazu, dass sich der Welthandel im Vergleich zu 2010 langsamer ausweiten wird. Das Expansionstempo der deutschen Ausfuhren dürfte deshalb deutlich niedriger als zuvor ausfallen. Trotz der Schuldenprobleme der GIPS-Länder (Griechenland, Irland, Portugal und Spanien) sind vom Euroraum alles in allem keine stark dämpfenden Effekte zu erwarten. Die wichtigsten EWU-Handelspartner Deutschlands wie Frankreich, die Niederlande und Österreich dürften nämlich im Zuge der fortschreitenden konjunkturellen Erholung vermehrt deutsche Investitions- und Vorleistungsgüter nachfragen. Allerdings werden die Lieferungen nach Südostasien und China nicht mehr ganz so kräftig expandieren. Aufgrund der deutlichen Dämpfung in den USA dürften die von dort ausgehenden Impulse auf den deutschen Export nur noch gering sein. Insgesamt dürften die Exporte im Jahr 2011 um 7,4 % zunehmen.

## Lebhafte inländische Nachfrage nach Ausrüstungsgütern

Die Ausrüstungsinvestitionen haben sich im Jahresverlauf 2010 kräftig erholt. Nachdem sie 2009 im Jahresdurchschnitt um mehr als 22 % eingebrochen waren, legten sie in den ersten drei Quartalen des vergangenen Jahres jeweils mit zweistelligen Jahresraten zu. Die inländische Nachfrage nach Ausrüstungsgütern reicht derzeit nahezu an das Niveau vom Frühjahr 2006 heran, als sich die deutsche Wirtschaft in der Anfangsphase eines kräftigen Aufschwungs befand. Die positive Entwicklung bei den Ausrüstungsinvestitionen wird im vierten Quartal voraussichtlich angehalten haben. Einen zusätzlichen Impuls erhalten sie von den degressiven Abschreibungsregeln, die Teil der Konjunkturpakete der Bundesregierung sind und zum Jahresende auslaufen. Dies dürfte im Gegenzug eine Schwächephase zu Beginn dieses Jahres nach sich ziehen. Allerdings wird diese Zurückhaltung wohl nur von kurzer Dauer sein und die Unternehmen werden im weiteren Verlauf von 2011 wieder vermehrt Maschinen, Geräte und Fahrzeuge nachfragen.

Gestützt wird die Prognose durch verschiedene Konjunkturindikatoren. So waren die Bestellungen aus dem Inland, die bei den Investitionsgüterherstellern eingegangen sind, zuletzt weiterhin nach oben gerichtet. Insbesondere die Produzenten von Datenverarbeitungsgeräten und elektrischen Ausrüstungen verzeichneten wieder steigende Auftragseingänge, doch war die Nachfrage bei den Maschinenbauern weniger lebhaft. Letzteres kann als Vorzeichen für eine Schwächephase zu Beginn von 2011 gedeutet werden. Dennoch bleibt das Investitionsklima positiv. Die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe – das besonders durch die globale Rezession getroffen wurde – entspricht den Angaben der Unternehmen zufolge nahezu dem langjährigen Durchschnittswert. Der Anteil der Befragungsteilnehmer, die ihre vorhandenen technischen Kapazitäten als zu groß erachten, hat merklich abgenommen. Mit weiter steigender Kapazitätsauslastung und günstigen Ertragsperspektiven dürften die Unternehmen die Investitionstätigkeit ab Frühjahr 2011 daher wieder vermehrt ausweiten. Die positive Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen wird von der Finanzierungsseite insgesamt nicht behindert. In 2010 dürften die Ausrüstungsinvestitionen um jahresdurchschnittlich knapp 10 % zugelegt haben. Es ist zu erwarten, dass sich diese positive Entwicklung im Jahr 2011 fortsetzen wird. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften dann nochmals um annähernd 9 % steigen.

## Bauinvestitionen werden ausgeweitet

Die Bauinvestitionen gingen 2009 im Jahresdurchschnitt um 1,5 % zurück. Im vergangenen Jahr dürften sie aber wieder zum Aufschwung der deutschen Wirtschaft beigetragen haben. Nach witterungsbedingten Produktionsausfällen im Winter 2009/10 wurde die Bautätigkeit im Frühjahr kräftig ausgeweitet. Das im zweiten Vierteljahr 2010 erreichte Niveau der Bauinvestitionen konnte im Sommer nahezu gehalten werden und auch im Herbst dürften sich keine wesentliche Änderung ergeben haben.

Die **Wohnungsbauinvestitionen** sind in den ersten beiden Quartalen 2010 gestiegen. Im dritten Quartal verlangsamte sich das Expansionstempo zwar deutlich und auch zum Jahresende dürften die Wohnungsbauinvestitionen nur sehr moderat zugenommen haben. Die positive Grundtendenz dürfte aber erhalten bleiben. Denn die Baugenehmigungen sind in den vergangenen Monaten deutlich gestiegen und die Auftragseingänge haben merklich zugelegt. Die Finanzierungsbedingungen dürften günstig bleiben, auch wenn sich die Hypothekenzinsen zuletzt etwas erhöht haben. Zudem stützen die weiterhin positive Entwicklung am Arbeitsmarkt und steigende Reallöhne die Wohnungsbaunachfrage. Im Jahr 2010 haben die Wohnungsbauinvestitionen um etwa 5,4 % zugenommen, im Jahr 2011 dürften sie um 2,6 % zulegen.

Nachdem die **Wirtschaftsbauinvestitionen** in der ersten Jahreshälfte 2010 sehr kräftig zugelegt hatten, verzeichneten sie im dritten Quartal ein deutliches Minus. Auch im Herbst- und Winterquartal wird die Nachfrage voraussichtlich noch gedämpft gewesen sein, bevor sie sich im Frühjahr 2011 spürbar beleben dürfte. Darauf deuten die Baugenehmigungen hin, die sich zwar stabilisiert haben, aber noch kein deutliches Anziehen erkennen lassen. Auch die Ergebnisse der ifo Architektenbefragung für den Gewerbebau weisen auf eine zögerliche Erholung hin. Ursache hierfür sind die weiterhin günstige Entwicklung der Geschäfte bei den Dienstleistungsunternehmen und eine steigende Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe. Die günstigen Finanzierungsbedingungen im laufenden Jahr dürften ebenfalls einen deutlich positiven Impuls für Gewerbebauprojekte liefern. Alles in allem nehmen die gewerblichen Bauinvestitionen im Jahr 2011 um etwa 3 % zu (2010: knapp 2 %).

Der **öffentliche Nichtwohnungsbau** expandierte im Frühjahr 2010 kräftig und konnte die witterungsbedingten Ausfälle des ersten Quartals mehr als wettmachen. Im Sommer folgte ein weiteres Plus, das allerdings bei weitem nicht so stark war wie im Frühjahr. Da die Impulse aus den beiden Konjunkturpaketen nachlassen dürften, ist auch für das Schlussquartal 2010 damit zu rechnen, dass die Investitionen lediglich moderat ausgeweitet wurden. Es ist absehbar, dass die öffentlichen Bauinvestitionen im laufenden Jahr sinken. Zwar wird sich die Finanzsituation der Kommunen infolge steigender Gewerbesteuereinnahmen voraussichtlich wieder etwas entspannen, doch werden die Bauinvestitionen wohl nicht das hohe derzeitige Niveau halten können. Insbesondere für den Tiefbau kündigen die klar rückläufigen Auftragseingänge eine deutliche Abschwächung an. Aber auch die erteilten Baugenehmigungen im Hochbau haben bereits zu Jahresbeginn 2010 ihren Gipfel erreicht und nehmen seither ab. Insgesamt dürften die Bauinvestitionen der öffentlichen Hand in 2010 um etwa 4 % gestiegen sein, im Jahr 2011 dürften sie um etwa 2 % sinken.

Die gesamten Bauinvestitionen haben im vergangenen Jahr zum Aufschwung beigetragen. In diesem Jahr laufen die Konjunkturpakete aus, die auf die öffentlichen Bauinvestitionen gezielt haben. Diese Entwicklung dürfte aber durch lebhafte Investitionen im Wohnungsbau und im Gewerbebau mehr als ausgeglichen werden. Im Jahr 2011 werden die Bauinvestitionen voraussichtlich um 2,1 % steigen.

## Privater Konsum steigt weiter

Der reale private Konsum ist in der ersten Jahreshälfte 2010 fortlaufend gestiegen. Maßgeblich für diese Entwicklung war zum einen, dass zu Jahresanfang die realen Masseneinkommen (Nettolöhne und monetäre Sozialleistungen) spürbar zugenommen haben. Zu Buche schlugen die Anhebung des Kindergelds und des Kinderfreibetrags, die erhöhte Absetzbarkeit von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen sowie die Erhöhung des Grundfreibetrags im Einkommensteuer-Tarif. Zum anderen blieb der Preisauftrieb moderat. Gleichwohl wurden die höheren verfügbaren Realeinkommen zunächst nur teilweise verausgabt, auch weil die aufgrund der Abwrackprämie in das Jahr 2009 vorgezogenen Pkw-Käufe nunmehr fehlten. Die Sparquote stieg merklich.

In den Sommermonaten 2010 setzte sich der konjunkturelle Anstieg des realen privaten Konsums fort. Von der Entwicklung der real verfügbaren Einkommen sind im dritten Quartal geringere Impulse ausgegangen. Bei den Arbeitnehmereinkommen schlug die Steuerprogression zu Buche. Bei den Transfereinkommen machte sich bemerkbar, dass die Altersrenten, anders als im Jahr 2009, nicht angehoben worden sind. Dämpfend wirkte auch die leichte Beschleunigung des Preisauftriebs. Gestützt wurde die Konsumkonjunktur dagegen von einer tendenziell nachgebenden Sparquote. Den bisher vorliegenden Frühindikatoren zufolge dürften die realen

Konsumausgaben auch im Jahresendquartal saisonbereinigt weiter gestiegen sein. Im Verlauf des Jahres 2010 dürfte der reale private Konsum um 1,7 % zugenommen haben. In der Jahresdurchschnittsbetrachtung zeichnet sich aufgrund des niedrigen Ausgangsniveaus nur eine Zunahme in Höhe von 0,5 % ab.

Im Verlauf des Jahres 2011 dürfte der private Konsum trotz der staatlichen Sparmaßnahmen weiter steigen, das Expansionstempo wird aber wohl geringer als im vergangenen Jahr sein. Die Bruttolöhne und -gehälter werden voraussichtlich mit 3,3 % beschleunigt steigen; netto ergibt sich jedoch ein geringeres Plus (2,8 %), weil die Progression voll greift. Ferner wird der von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu gleichen Teilen getragene Beitragssatz für die gesetzliche Krankenversicherung von derzeit 14,9 % wieder auf das vor der Finanz- und Wirtschaftskrise geltende Niveau von 15,5 % angehoben. Außerdem wird der ebenfalls temporär abgesenkte Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung von 2,8 % auf 3,0 % erhöht. Die monetären Sozialleistungen dürften im Jahr 2011 sinken (–0,2 %). Zum einen gehen die Arbeitslosigkeit und damit die daran gekoppelten Transferleistungen deutlich zurück. Zum anderen kommen die Sparmaßnahmen der Bundesregierung zum Tragen: So werden bei der Arbeitslosenversicherung Pflichtleistungen durch Ermessensleistungen ersetzt sowie der befristete Zuschlag beim Arbeitslosengeld II abgeschafft. Für diesen Empfängerkreis werden außerdem die bisher vom Staat übernommenen Rentenversicherungsbeiträge gestrichen. Zudem wird das Elterngeld für bestimmte Empfängergruppen gekürzt oder ganz gestrichen. Gegenzurechnen ist, dass die gesetzlichen Altersrenten zur Jahresmitte wohl wieder etwas steigen werden.

Die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen werden mit voraussichtlich knapp 4 % stärker als im abgelaufenen Jahr zunehmen (1,5 %). Insgesamt ist damit zu rechnen, dass die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte nominal um 2,8 % zulegen werden, real um 1,2 %. Die Sparquote dürfte leicht sinken. Hierfür sprechen nicht nur die guten Einkommensperspektiven und die erhöhte Arbeitsplatzsicherheit, sondern auch die niedrigen Zinsen, die die Bereitschaft zur Aufnahme von Konsumentenkrediten befördern dürften. Hinzu kommen Vertrauenseffekte im Gefolge der staatlichen Konsolidierungsanstrengungen. Der reale private Konsum dürfte im Jahresdurchschnitt 2011 um 1,4 % steigen.

## Verbraucherpreisanstieg leicht beschleunigt

Das Verbraucherpreisniveau ist im abgelaufenen Jahr unter Schwankungen insgesamt verhalten gestiegen, im November war der Verbraucherpreisindex saisonbereinigt um 1,5 % höher als vor einem Jahr. Hierzu trugen maßgeblich die höheren Preise für Energie und hier insbesondere für leichtes Heizöl und Kraftstoffe bei. Aber auch die Preise für saisonabhängige Nahrungsmittel wie Gemüse und Obst zogen aufgrund ungünstiger Witterung stark an. Die Kerninflationsrate, aus der in Abgrenzung des IFO INSTITUTS der Einfluss der Preisentwicklung von Energieträgern, Gütern mit administrierten Preisen und saisonabhängigen Nahrungsmitteln ausgeschlossen ist, betrug im November 0,9 %. Dabei verteuerten sich Nahrungsmittel (ohne Saisonwaren) um 1,1 %.

Im Prognosezeitraum dürfte das Verbraucherpreisniveau leicht beschleunigt steigen. So wird die bessere Verbrauchskonjunktur allmählich auf die Kernrate wirken. Hinzu kommt, dass die der Ölpreisentwicklung mit Verzögerung folgenden Gaspreise und die Umlagen für Fernwärme steigen werden. Auch bei Strom ist mit deutlichen Tariferhöhungen zu rechnen. Auslöser ist nicht zuletzt die Anhebung der Umlage für erneuerbare Energien. Sie steigt von 2,05 auf 3,53 Cent je Kilowattstunde. Zudem dürften die Zusatzkosten aus der Brennelementesteuer und des Energiefonds an die Verbraucher weitergegeben werden. Außerdem wird bei Ticketkäufen eine nach Entfernung gestaffelte Luftverkehrssteuer fällig. Ab Mai wird zudem die Tabaksteuer angehoben, um energieintensive Unternehmen bei der Ökosteueranhebung nicht ganz so stark belasten zu müssen. Schließlich wird die Finanznot vieler Gemeinden zu höheren Preisen und Gebühren für kommunale Dienstleistungen führen. Alles in allem dürfte das Verbraucherpreisniveau im Jahresdurchschnitt 2010 um 1,1 % gestiegen sein; im Jahr 2011 zeichnet sich eine Inflationsrate von 1,7 % ab.

## Beschäftigung weiter auf Rekordkurs

Im Verlauf des vergangenen Jahres wurden für die Erwerbstätigkeit neue Rekordwerte verzeichnet. Die Zurückhaltung bei den Lohnsteigerungen des vergangenen Jahrzehnts machte sich schon im vergangenen Boom und in der Krise des Jahres 2009 bemerkbar, schlägt aber nun im Wirtschaftsaufschwung vollends zu Buche. Aktuell zeigt sich dies darin, dass die Erwerbstätigkeit spürbar ausgeweitet wurde, obwohl die Kurzarbeit deutlich zurückgefahren wurde. Der Rückgang der Kurzarbeit entsprach dabei einem Beschäftigungsäquivalent von etwa 200.000 Vollzeitstellen. Aufgrund der hohen Wettbewerbsfähigkeit, die durch die Lohnzurückhaltung der vergangenen Jahre entstanden war, konnten die deutschen Exporteure in besonderem Maße vom weltweiten Aufholprozess profitieren und Beschäftigung aufbauen.

Bis zum Oktober 2010 nahm die Erwerbstätigkeit im Verlauf um knapp 340.000 Personen (0,8 %) zu. Dabei ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bis September sogar um gut 410.000 gestiegen und lag damit 1,7 % über dem Vorjahresmonat. Dieser Arbeitsplatzaufbau erstreckte sich auf nahezu alle Wirtschaftszweige. Den größten Anstieg verzeichnete die Leiharbeitsbranche (+190.000). Damit trug sie mit 0,7 Prozentpunkten zum Zuwachs der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung bei. Auch in den Dienstleistungsbereichen, insbesondere im Gesundheits- und Sozialwesen wurden vermehrt Arbeitsplätze geschaffen. Allerdings lag die Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe, dem die Leiharbeiter nicht hinzugerechnet werden, immer noch unter dem Vorjahresmonat. Insgesamt war der Wachstumsbeitrag der anderen Bereiche ohne Leiharbeit mit gut 1 % ebenfalls deutlich positiv.

Die Beschäftigungsausweitung in den Dienstleistungsbranchen führte dazu, dass bis zur Jahresmitte 2010 vorwiegend Teilzeitstellen entstanden. Diese lagen im September um 3,9 % über dem Niveau des Vorjahresmonats. Damit trugen sie – wie schon in den vorangegangenen Monaten – mit etwa 0,7 Prozentpunkten zum Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung bei. Allerdings führte der Aufschwung nach und nach auch zu einem vermehrten Aufbau von sozialversicherungspflichtiger Vollzeitbeschäftigung. Da Teilzeitstellen schneller ausgeweitet werden als Vollzeitstellen, steigt die Teilzeitquote derzeit weiter.

Trotz der weiter steigenden Teilzeitquote zog die durchschnittliche Arbeitszeit der Erwerbstätigen im Jahresverlauf 2010 deutlich an. Dies ist vor allem auf den Wegfall der Kurzarbeit und einen Aufbau von Überstunden zurückzuführen. Dabei wurde das Arbeitsvolumen um 2,6 % ausgeweitet. Die Zahl der Arbeitslosen nahm bis zum November im Verlauf um 270.000 ab. Auch rückläufig war die „Arbeitslosigkeit im weiteren Sinne“, bei der auch Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und Langzeitarbeitslose über 58 Jahre, die ohne Aussicht auf Beschäftigung sind, erfasst werden. Zudem hat sich die Zahl der Arbeitsuchenden, die nicht als Arbeitslose registriert sind – dies sind vor allem Personen in unsicheren Erwerbsverhältnissen –, deutlich reduziert.

Im vierten Quartal 2010 dürfte die Kapazitätsauslastung in der Industrie weiter zugelegt haben, was dort die Vollzeitbeschäftigung steigen ließ. Vor allem die Leiharbeit ist dabei weiter ausgeweitet worden. Dafür spricht, dass die Zahl der gemeldeten Stellen für Arbeitnehmerüberlassungen bis zum November weiter zugenommen hat und nun bei etwa 130.000 liegt. Auch für die Stammbelegschaft im Verarbeitenden Gewerbe, in den Dienstleistungsbereichen, in der Bauwirtschaft sowie im Handel wurden im November deutlich mehr gemeldete Stellen verzeichnet als vor einem Jahr. Alles in allem wird die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Jahr 2010 um 265.000 Personen gestiegen sein. Die Erwerbstätigkeit insgesamt nahm dabei nur um 204.000 (0,5 %) zu, da die Zahl der Minijobs etwas zurückging. Die Arbeitslosigkeit dürfte dabei im Jahresdurchschnitt 2010 um 180.000 Personen gesunken sein.

Getragen von der guten konjunkturellen Entwicklung wird sich der Beschäftigungsaufbau im Jahr 2011 fortsetzen. Zudem sinken die realen Lohnstückkosten. In der Industrie werden die Kapazitäten stärker ausgelastet, und die Nachfrage nach Arbeitskräften dort wird weiter steigen. Nachdem die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes im vergangenen Jahr überwiegend Leiharbeiter eingestellt haben, dürfte in diesem Jahr auch die Stammbelegschaft ausgeweitet werden. Auch am Bau ist zu erwarten, dass die Beschäftigung steigt. Insgesamt werden wieder vermehrt sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen geschaffen. Im Dienstleistungsbereich dürften die Zuwächse annähernd stabil bleiben, und die sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung wird wohl weiterhin schneller zunehmen als die Vollzeitbeschäftigung. Daher steigt auch die Teilzeitquote weiter. Alles in allem wird sich die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Jahr 2011 um 370.000 erhöhen. Bei stagnierender Beschäftigung in Minijobs steigt die Erwerbstätigkeit insgesamt um 325.000 (0,8 %). Im Jahresverlauf ergibt sich eine Zunahme um rund 220.000 auf einen Höchststand von knapp 41 Mill. Personen am Ende des Prognosezeitraums.

Ausgehend von der günstigen Beschäftigungsentwicklung reduziert sich die Arbeitslosigkeit 2011 weiter. Die Entwicklung wird dabei von demographischen Faktoren gestützt, da immer mehr ältere Arbeitnehmer aus dem Arbeitsleben ausscheiden. Allerdings wird ab Jahresmitte die Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit für einige mittel- und osteuropäische EU-Länder aufgehoben, wodurch das Arbeitsangebot zunehmen dürfte. Zudem dürften vermehrt Personen aus der „Stillen Reserve“ – hierbei handelt es sich zu einem großen Teil um Teilnehmer in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen – ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen. Insgesamt dürfte die Arbeitslosigkeit im Jahr 2011 um 300.000 Personen auf 2,94 Mill. zurückgehen. Im Jahresverlauf ergibt sich ein Rückgang in ähnlichem Umfang. Die Arbeitslosenquote sinkt im Jahresdurchschnitt 2011 auf 7,0 %.

**Tabelle 2: Jahresdurchschnitte in 1.000 Personen**

| | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 |
|---|---|---|---|---|---|
| Deutschland | | | | | |
| Arbeitsvolumen (Mill. Stunden) | 56.789 | 57.450 | 55.985 | 57.345 | 58.012 |
| Erwerbstätige Inländer | 39.651 | 40.216 | 40.171 | 40.364 | 40.688 |
| Arbeitnehmer | 35.215 | 35.783 | 35.762 | 35.938 | 36.248 |
| darunter: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte | 26.942 | 27.510 | 27.493 | 27.758 | 28.129 |
| darunter: Geförderte SV-pflichtige Beschäftigung[a] | 210 | 240 | 267 | 241 | 201 |
| Marginal Beschäftigte | 5.906 | 5.897 | 5.935 | 5.885 | 5.856 |
| darunter: Minijobs | 4.861 | 4.866 | 4.904 | 4.871 | 4.871 |
| 1-Euro-Jobs[b] | 301 | 291 | 279 | 263 | 233 |
| Selbständige | 4.436 | 4.433 | 4.409 | 4.425 | 4.440 |
| darunter: Geförderte Selbständige[c] | 237 | 180 | 145 | 155 | 160 |
| Pendlersaldo | 73 | 60 | 100 | 112 | 112 |
| Erwerbstätige Inland | 39.724 | 40.276 | 40.271 | 40.475 | 40.801 |
| Arbeitslose | 3.777 | 3.268 | 3.423 | 3.242 | 2.943 |
| Aktive Arbeitsmarktpolitik | | | | | |
| Teilnehmer § 46 SGB III | 0 | 0 | 132 | 224 | 194 |
| Trainingsmaßnahmen | 77 | 81 | 39 | 1 | 0 |
| Arbeitslosenquote[f] | 8,7 | 7,5 | 7,9 | 7,4 | 6,7 |
| Arbeitslosenquote BA[d] | 9,0 | 7,8 | 8,2 | 7,7 | 7,0 |
| Erwerbslose[e] | 3.602 | 3.141 | 3.227 | 2.946 | 2.663 |
| Erwerbslosenquote[7] | 8,3 | 7,2 | 7,4 | 6,8 | 6,1 |
| | | | | | |
| Kurzarbeit | 68 | 102 | 1.144 | 489 | 229 |

a) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Strukturanpassungsmaßnahmen, Personal-Service Agenturen, Eingliederungszuschuss, Eingliederungszuschuss bei Vertretung, Eingliederungszuschuss bei Neugründung, Arbeitsentgeltzuschuss, Einstiegsgeld bei abhängiger Beschäftigung, Arbeitsgelegenheiten der Entgeltvariante, Beschäftigungszuschuss, Qualifizierungszuschuss für Jüngere, Eingliederungshilfen für Jüngere, Entgeltsicherung für Ältere. – b) Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung. – c) Gründungszuschüsse, Existenzgründungszuschüsse, Überbrückungsgeld und Einstiegsgeld. – d ) Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). – e) Definition der ILO. – f) Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose).

*Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit (2010); 2010 und 2011: Prognosen des ifo Instituts.*

## Staatsfinanzen im Jahr 2011 im Zeichen der Konsolidierung

Nachdem das gesamtstaatliche Budget in den Jahren 2007 und 2008 ausgeglichen war, führte die Wirtschaftskrise im Jahr 2009 zu einem Defizit in Höhe von 3,0 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Obwohl die automatischen Stabilisatoren für sich genommen in Folge des Wirtschaftsaufschwungs im Jahr 2010 für eine deutliche Konsolidierung des staatlichen Budgets sorgen, dürfte die Defizitquote noch einmal auf rund 3,5 % zugenommen haben.

Im laufenden Jahr schwenkt die Finanzpolitik auf einen Konsolidierungskurs um. Insbesondere die im Rahmen des Zukunftspakets verabschiedeten Maßnahmen sorgen dafür, dass der Staatshaushalt entlastet wird. Diese Politik wird durch die Wirkung der automatischen Stabilisatoren unterstützt. Das im Jahr 2010 noch steigende Finanzierungsdefizit des Staates wird so im Jahr 2011 bereits wieder deutlich zurückgehen und mit etwa 2,3 % des Bruttoinlandsprodukts unter der Grenze des Vertrages von Maastricht liegen.

Die gesamtstaatlichen Einnahmen werden dabei von gegenläufigen Maßnahmen getrieben sein, die insgesamt dazu führen, dass sowohl die Steuerquote, als auch der Anteil der Sozialversicherungsbeiträge am Bruttoinlandsprodukt weitgehend stabil bleiben. So werden einerseits noch expansiv fiskalpolitische Maßnahmen auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Vermögen wirken, die aufgrund von Verzögerungseffekten erst im laufenden Jahr ihre Wirkung vollständig entfalten. Andererseits erfolgen Konsolidierungsmaßnahmen, die das Steueraufkommen erhöhen dürften. Diese betreffen vor allem die Produktions- und Importabgaben. In dieser Prognose werden sowohl neu geschaffene Steuern (Kernbrennstoffsteuer, Luftverkehrssteuer, Brennelementesteuer, Bankenabgabe), sowie Erhöhungen bzw. Erweiterungen bereits existierender, überwiegend indirekter Steuern berücksichtigt. Die aktuell diskutierten Entlastungsmaßnahmen für Arbeitnehmer und Betriebe werden in dieser Prognose nicht berücksichtigt, da diese voraussichtlich erst im Jahr 2012 greifen sollen.

Auch die Sozialabgaben werden durch gegenläufige Maßnahmen beeinflusst, sodass die Abgabenquote insgesamt weitgehend konstant bleibt. So wirkt die Anhebung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung für sich genommen Einnahmen erhöhend; allerdings dürften die von den Krankenkassen im Jahr 2010 erhobenen Zusatzbeiträge der Arbeitnehmer sinken. Darüber hinaus wird auch der Beitrag der Arbeitgeber für das Insolvenzgeld auf 0 % zurückgeführt, nachdem dieser im vergangenen Jahr auf 0,41 % angestiegen ist. Für die Empfänger von Arbeitslosengeld II entfallen die bisher von staatlicher Seite übernommenen Beiträge zur Rentenversicherung. Insgesamt dürfte der Anteil der Staatseinnahmen am Bruttoinlandsprodukt etwa 42,8 % betragen und damit nur geringfügig sinken.

Die strukturelle Konsolidierung 2011 erfolgt somit überwiegend über die Ausgabenseite. Die Staatsausgaben dürften mit einem Zuwachs von 0,3 % weitgehend konstant bleiben. Der Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt wird daher erneut deutlich – von 46,6 % im Jahr 2010 auf 45,1 % im Jahr 2011 – zurückgehen. Der wichtigste Konsolidierungsbeitrag wird durch die Reduktion der monetären Sozialleistungen erreicht. Diese werden um 0,7 % sinken, wozu die Sparmaßnahmen des Zukunftspakets beitragen. Insgesamt belaufen sich die Minderausgaben hier auf rund 3 Mrd. €. Die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung werden aufgrund der günstigen Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter zurückgehen.

Der staatliche Budgetsaldo wird von 3,5 % im Jahr 2010 auf 2,3 % des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2011 sinken und damit etwa 60 Mrd. € betragen.

[1] *Gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose von Dezember 2010, vgl. K. Carstensen, W. Nierhaus, K. Abberger, T. Berg, T. Buchen, C. Breuer, S. Elstner, C. Grimme, S. Henzel, N. Hristov, M. Kleemann, J. Mayr, W. Meister, G. Paula, J. Plenk, K. Wohlrabe und T. Wollmershäuser: ifo Konjunkturprognose 2011: Aufschwung setzt sich verlangsamt fort, in: ifo Schnelldienst, 24/2010, S. 18–68.*